

**Der Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE),
Berlin, den 17.10.2013**

Drei Eckpunkte einer erfolgreichen Engagementpolitik 2013 - 2017

In der Bürgergesellschaft organisieren sich die Bürgerinnen und Bürger nach demokratischen Regeln und beteiligen sich aktiv und kreativ an der Gestaltung ihres Gemeinwesens. Das freiwillige Engagement ist Ausdruck von Gemeinsinn und Gemeinwohlorientierung. Es trägt zu politischer wie sozialer Integration bei und ist eine bedeutende gesellschaftliche Gestaltungs- und Produktivkraft.

Eine gute Engagementpolitik respektiert die wesentlichen Kriterien des bürgerschaftlichen Engagements und schafft die Rahmenbedingungen dafür, dass Menschen aller Lebenslagen mit ihren je eigenen Möglichkeiten Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen können.

Aus Sicht des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sollten folgende Eckpunkte einer erfolgreichen Engagementpolitik in der kommenden Legislaturperiode in einer Koalitionsvereinbarung verankert werden:

- **Stärkung der Querschnittspolitik:** Es wird sichergestellt, dass Engagementpolitik von allen Verantwortlichen als Querschnittspolitik verstanden wird und alle Beteiligten ihr Handeln entsprechend ausrichten. Die Bundesregierung verleiht diesem Willen Ausdruck, indem sie die Position eines Staatsministers bzw. einer Staatsministerin im Kanzleramt einrichtet. Der Bundestag richtet anstelle des bisherigen Unterausschusses einen Hauptausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ ein.
- **Rechtlicher Rahmen und Förderplan:** Es werden ein Nationales Engagementgesetz und ein darauf aufbauender nationaler Aktionsplan geschaffen, die Kernelemente einer strategischen Engagementförderung umfassen. Dazu zählt insbesondere eine nachhaltige Förderung von Infrastruktureinrichtungen, dies gilt auch für die kommunale Ebene. Im Gemeinnützigkeitsrecht ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als gemeinnütziger Zweck substantiell zu stärken. Für eine lebendige Bürgergesellschaft gehört dazu, dass die Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft sich entsprechend ihren Kompetenzen konstruktiv einbringen können und ihre gegenseitige Kooperationsfähigkeit gestärkt wird.
- **Demokratiepolitik stärken:** Die Möglichkeiten der politischen Partizipation sollten gestärkt werden. Dabei sind die Zusammenhänge zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Partizipation deutlich zu machen. Die Vielfalt der Gesellschaft (Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Einschränkungen, engagement- und beteiligungsferne Gruppen) erfordert differenzierte Ansatzpunkte und Maßnahmen der Demokratiepolitik. Die Einsetzung einer Demokratie-Enquete kann die Zusammenhänge zwischen Engagement- und Demokratiepolitik herausarbeiten und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie verbessert wird. Die europäische Dimension sollte in einer solchen Enquete-Kommission mit Blick auf die Herausforderungen in der Europäischen Union mitdiskutiert werden.